



Frage an Bürgermeister-StV.ⁱⁿ Stadträtin Dr.ⁱⁿ Martina Schröck

eingbracht in der Gemeinderatssitzung am 12. Juni 2014

von

GRⁱⁿ Mag.^a Astrid Polz-Watzenig

Betrifft: Möglichkeiten der Berufsausbildung für unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge

Sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin,
liebe Martina,

eine gute Schulausbildung, eine fundierte Berufsausbildung, die Förderung von Kompetenzen und Ressourcen – dass dies alles für jeden jungen Menschen wichtig ist und in einem Land wie Österreich auch selbstverständlich sein soll, darüber sind wir uns wohl alle einig. Trotzdem gibt es seit vielen Jahren eine Gruppe von Jugendlichen, für die dies alles nicht oder nur sehr eingeschränkt gilt, nämlich für unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge. Eine Schulbildung ist für die Mehrzahl dieser Jugendlichen, die meist im Alter von 15 oder 16 Jahren nach Österreich kommen, nur sehr schwer möglich. Oft fehlt es an der Unterstützung die es brauchen würde, um diesen Jugendlichen Zugang zu passgenauen Ausbildungsmöglichkeiten zu erschließen, hier reicht die mögliche Bandbreite von Alphabetisierungskursen bis zum Besuch einer berufsbildenden oder allgemein bildenden höheren Schule.

Bis Juni 2012 war den unbegleiteten, minderjährigen AsylwerberInnen auch jeglicher Zugang zum Arbeitsmarkt und damit auch zu einer Lehrstelle rechtlich verwehrt. Dieser Zugang ist nun - wenn auch nur unter Einschränkungen – möglich. Aber auch hier gilt, ohne Unterstützung ist es für die meisten Jugendlichen nur schwer möglich, einen Lehrplatz zu finden, die entsprechenden sprachlichen und schulischen Voraussetzungen für die Berufsschule zu erwerben und darüber hinaus auch noch das

bürokratische Prozedere rund um die Erteilung einer Beschäftigungsbewilligung erfolgreich zu bestehen.

Daher sind die Zahlen, die Bundesminister Rudolf Hundstorfer im Rahmen des letzte Woche stattfindenden Städtetages präsentierte, nicht verwunderlich. Von den rund 1.000 unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlingen, die derzeit in Österreich leben, hatten gerade einmal 88 eine Lehrstelle.

Viele dieser Jugendliche werden in Österreich bleiben, sei es über ihren Status als subsidiär Schutzberechtigte oder als anerkannte Flüchtlinge. Wir alle wissen, welche Folgen es hat, wenn Jugendlichen keinerlei Perspektiven gegeben werden. Umso wichtiger ist es, dass wir als Stadt aktiv mithelfen, dass unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge die Möglichkeit auf eine Schul- und/oder Berufsausbildung erhalten.

Daher stelle ich an Dich folgende Frage:

Welche Maßnahmen planst du als zuständige Stadtsenatsreferentin für Arbeit und Beschäftigung zu setzen, um die Chancen von in Graz untergebrachten unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlingen auf eine Lehrstelle zu erhöhen?